

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarschaftsbezirk DM. 2.70, außerhalb DM. 2.80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungswelle täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Geegründet 1877.



Die 10spaltige Seite ober deren Raum 16 Zeilen. Die 8spaltige Seite ober deren Raum 12 Zeilen. Die 6spaltige Seite ober deren Raum 8 Zeilen. Die 4spaltige Seite ober deren Raum 6 Zeilen. Die 2spaltige Seite ober deren Raum 4 Zeilen. Bei Wiederholungen ungewöhnlicher Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Bei geschäftlicher Eintragung und Ankündigungen ist der Rabatt umäßig.

Verensprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

№ 105 | Druck und Verlag in Altensteig. | Donnerstag, den 8. Mai. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Die Friedensbedingungen. — Eröffnung der Friedensverhandlungen.

Die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 7. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 6. Mai: Die „Times“ wird morgen ungefähr 10 Spalten von einer Zusammenfassung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bedingungen sind folgende:

Die militärischen Bedingungen.

Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrags auf nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet werden. Auch die deutschen Rüstungen sollen auf das Neueste eingeschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen (80 Km.) östlich des Rheins werden abgerüstet. Die deutschen Seestreitkräfte dürfen zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags keine Unterseeboote mehr enthalten und werden dann noch aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedokreuzern und 12 Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelschiffe umgebaut werden. Die Besatzungen dürfen nicht mehr als zusammen 15 000 Mann, darunter 1500 Offiziere und Deskoffiziere stellen. Alle militärischen und Marinenanlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland im Frieden leben, bei vollständiger Gleichheit offenstehen. Es soll Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Auffahren von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen oder Marineluftfahrzeuge behalten und innerhalb eines Abstands von 150 Kilometer von der deutschen Grenze überhaupt keine Flugzeuge lagern. In diese Zone fallende Flugplätze müssen abgetrocknet und der Boden muß umgepflügt werden.

Bestrafung der Schuldigen.

Die Alliierten beschuldigen den früheren Kaiser offen nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung von Kriegsgesetzen und Kriegsverbrechen beschuldigt werden, werden vor einem alliierten Gerichtshof gebracht werden.

Entschädigungen.

Bis zur vollständigen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland eine Milliarde Pfund Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland für jeden Schaden, der Zivilpersonen der Alliierten oder deren Eigentum zugefügt wurde, Vergütungen bezahlen.

Gebietsabtretungen.

Elßaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken im Saarthal erhalten wird. Die Verwaltung des Saargebietes wird von einer vom Völkerbund ernannten aus 5 Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerbund, von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenbergwerke zu einem noch näher zu vereinbarendem Preise von Frankreich kaufen müssen. Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht. In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Verzicht auf die Kolonien.

Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zu Gunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandats des Völkerbunds von einer der großen kolonialen Mächte verwaltet. Deutschland verzichtet auf alle Rechte, die aus der Algeirasakte von 1912 und aus den deutsch-französischen Verträgen von 1900 und 1911 hervorgehen.

Abtretung der Seeläbe.

15 deutsche Kabel werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

WTB. Berlin, 7. Mai. Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird durch Volksabstimmungen bestimmt. Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung freistadt. Belgien erhält das strittige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Preussisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen 6 Monaten gegen diese Abänderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerbund endgültig entscheidet. In einer 50 Kilometer breiten Zone östlich des Rheins darf Deutschland keine Befestigungen oder Streitkräfte halten. Das Saarbecken, auf das sich die bereits betamte Regelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, schließt im Westen das Saargebiet bis Saar-Hölzbach und im Osten die Stadt Homburg ein. Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden im Regierungsbezirk Allenstein, zusätzlich der Kreise Angerburg und Diebke, ferner in einem Teile Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stuhm und Rosenberg sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. Ostpreußen soll freien Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung des Stromes erhalten. Die nordöstliche Ecke von Ostpreußen soll an die assoziierten Mächte abgetreten werden. Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt. Grundsätzlich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein, soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsumme der Schadensvergütung wird spätestens bis Mai 1921 festgesetzt. Innerhalb der nächsten 2 Jahre soll Deutschland 20 Milliarden in Gold, Waren, Schiffen oder dergleichen bezahlen. Bezüglich der Handelsschiffe soll Deutschland die Ersatzpflicht Tonne für Tonne und Klasse für Klasse anerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelsschiffe von 1600 Tonnen und darüber die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischereifahrzeuge ausliefern, sowie auf Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich Handelsschiffe von 200 000-Tonnen bauen. Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet westlich des Rheins und der Brückenköpfe 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebiete, darunter auch der Brückenkopf von Köln nach 5 Jahren geräumt werden, andere Gebiete, darunter der Brückenkopf von Koblenz, nach 10 Jahren, andere, darunter der von Mainz nach 15 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Besatzungshere sofort zurückgenommen.

Beginn der Friedensverhandlungen.

WTB. Versailles, 7. Mai. Punkt 3 Uhr begaben sich die deutschen Delegierten mit ihren Sekretären vom Hotel des Reservoirs nach dem Trianon-Palasthotel. Im ersten Wagen befanden sich Oberst Henry, der Chef der französischen Militärmission, und Legationsrat Freiherr von Ver-

ner, im zweiten Wagen die Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau und Landsberg, im 3. Wagen der Reichsminister Giesberts und Präsident Reinert, im 4. Wagen Professor Schäding, Melchior und Gesandter Haniel und im fünften Wagen die Ministerialdirektoren Simons und von Stockhammern und Legationsrat Nädiger. Die kurze Fahrt wurde ohne jeden Zwischenfall zurückgelegt. Im Trianon-Hotel erwartete ein großer Vortritt die deutsche Delegation und geleitete die Herren nach dem großen Saal des Hotels wo sämtliche Mitglieder des Kongresses der assoziierten Regierungen an ihrer Spitze Ministerpräsident Clemenceau, zu seiner Rechten Wilson und links Lloyd George, sich beim Eintritt der deutschen Delegierten erhoben. Unter den Teilnehmern der Sitzung befinden sich außer Marshall Foch nur wenige Offiziere, die dienstlich mit der Veranstaltung im Zusammenhang standen, darunter auch der Chef der Militärmission, Oberst Henry, dem die Militärkontrolle in Versailles obliegt. Die Ankündigung, daß auch Damen zugelassen werden würden, erfüllte sich nicht, hingegen waren alle politischen Berühmtheiten der alliierten und assoziierten Staaten zur Stelle. Graf Brockdorff-Rantzau nahm mit den übrigen Herren an einem kurzen Tische in der Saalmitte Platz, dahinter die Sekretäre.

Wenige Minuten nach 3 Uhr eröffnete Clemenceau die denkwürdige Versammlung mit einer kurzen Erklärung, in der er hervorhob, die Zeit zur Regelung der durch den so grausam aufgezwungenen Krieg entstehenden Abrechnung sei gekommen. Sie verlangten den Frieden. Wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, wie dies die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen. Wir werden aber für die notwendigen Vorkehrungen und Sicherungen sorgen, damit auf diesen zweiten Versailler Frieden, der einen so schrecklichen Krieg abschließt, kein weiterer Krieg folgt. Hierauf gab Clemenceau den Inhalt der Fragen bekannt, über die von den deutschen Delegierten innerhalb 14 Tagen eine schriftliche Antwort gegeben werden soll. Ergeht von deutscher Seite schon früher Bescheid, so werde auch die Entente eine schnelle Gegenantwort erteilen, um binnen einer weiteren noch zu bestimmenden Frist die endgültige schriftliche Entschlebung von deutscher Seite zu erwarten. Inzwischen überreichte der Generalsekretär des Friedenskongresses der alliierten u. assoziierten Mächte, Dutasta, dem Grafen Brockdorff ein Buch mit dem Entwurf der von der Entente vorgeschlagenen Präliminarien. Nachdem der Dolmetscher in englischer und deutscher Sprache die Erklärung Clemenceaus der ganzen Versammlung zur Kenntnis gebracht hatte, erhob sich Clemenceau zu der Anfrage, ob jemand eine Bemerkung zu machen wünsche. Hierauf gab Graf Brockdorff zu erkennen, daß er das Wort wünsche und verlas sodann sitzend eine längere Erklärung in deutscher Sprache, wobei die einzelnen Sätze von den Dolmetschern Justizrat Johauer und Dr. Michaelis ins Französische und Englische übersetzt wurden. Der Vortrag des Grafen Brockdorff war sehr ruhig. Stellenweise erhob der Reichsminister merklich seine Stimme. Die Versammlung folgte seiner Rede mit größtem Interesse. Nach Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gewünscht würden. Hierauf schloß er die Sitzung. Sie dauerte von 3 Uhr 5 Minuten bis 3.50 Uhr. Die deutschen Delegierten kehrten sofort nach dem Hotel des Reservoirs zurück, wo Graf Brockdorff der ganzen deutschen Delegation einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Sitzung erstattete. (Der Wortlaut der Rede des Grafen Brockdorff folgt auf nächster Seite.)



Die Ansprache des Grafen Brockdorff-Rangau.

W.B. Versailles, 8. Mai. Die Ansprache des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rangau hatte folgenden Wortlaut:
Meine Herren!

Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben.

Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grund unserer Ohnmacht, wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Macht des Hasses, der uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gestellt, daß die Sieger uns zugleich als Ueberwundene zählen lassen und als Schuldige bestrafen wollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Krieg bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzumäßen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf der Haager Friedenskonferenz, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bekennen nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Österreich-Ungarns den Niederländern zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung, der Expansion und der Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Kräfte erlebte. Die russische Mobilisierung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Deeskalation und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalt.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegenseite wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen hat. Auch hier sind wir bereit, getanenes Unrecht einzugehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und vergangenes Verwehrt wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen.

Aber auch in der Art der Kriegsführung hat Deutschland nicht allein gesündigt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, denen sich die besten Volksgenossen ungenau erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Ruhe verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten; sechs Monate bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren.

Verbrechen im Krieg mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zu Grunde gingen, wurden mit stiller Ueberzeugung getötet, nachdem für unsere Segner der Sieg erungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen!

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert und wir wiederholen die Forderung. Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Segner gegenüberstehen, sind wir nicht schuldig. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugesichert: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundzüge gewährleistet werden soll. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. 10. und dem 5. 11. 1918 auf den Vorkäufen verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Banner geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundzüge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. Nov. hat der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die Grundzüge des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns und auch für unsere früheren Bundesgenossen, bindend geworden.

Die einzelnen Grundzüge fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm, keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorkäufen, den Sie uns vorlegen, mit der besten Willen zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Freiräume wieder aufzubauen, getriebenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien wieder auszumachen und der Menschheit neue Ziele, politischen und sozialen Fortschritt zu zeigen. Bei der verwickelten Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufwirft, sollten wir möglichst bald die einzelnen großen Aufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfs erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die vernünftige Menschenkraft der Beteiligten Völker durch einen internationalen Schah von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Massen wieder aufzurichten.

Als erstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzten und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlich übernommen und wir sind entschlossen, sie in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden. Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolge und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare und gemeinschaftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeiten durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig, aber sie läßt die Welt teuer zu stehen, wenn Hoff und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ereignen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorreden hinweg in der bisherigen Fron weiter schmachten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschuldigungsverpflichtung Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Erschwerung um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, zu einer unhaltbaren Verwahrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel um sie zu bannen: das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzustellen, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen. Nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden. Nur dann sind die Taten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, dran er wäre unersättlich. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterzeichnung liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übersehene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann.

Neues vom Tage.

Der Friedensansatz.

Berlin, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Friedensauswahlschusses der Nationalversammlung teilte Reichsminister Dernburg mit, die Regierung habe beschlossen, zur Hebung des Ausbeutungsstandes einen Reichskommissar zu ernennen. Es solle ein Ausschuss gebildet werden, der aus dem Reichswirtschaftsminister als Vorsitzenden, dem Reichsernährungsminister und dem Reichsfinanzminister bestehe und der mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet sein soll, um etwaige Widerstände zu brechen. Deutschland habe noch genug Waren für die Nahrung und Wärme solche auch herstellen. Es wurde betont, daß man mit Rußland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder anknüpfen und ein freundschaftliches Verhältnis mit Woffenruhe herstellen wolle.

Die Fraktionen der Nationalversammlung werden am 10. Mai Fraktionssitzungen in Berlin abhalten.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 7. Mai. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat gegen den Rand der 18. Brumffestell aus Saarland durch die Franzosen Widerspruch erhoben.

Generalfreist.

Dresden, 7. Mai. Eine Anzahl säkularer Fabriken steht laut „D. Allg. Ztg.“ infolge der hohen Lohnaufschläge vor der Einstellung der Betriebe, da sie kein Material zur Fortführung mehr haben und die Banken jeden Kredit verweigern.

Kiel, 7. Mai. Die Arbeiterschaft der Reichswerke nahm eine neue Abstimmung unter Ausschluß der Lehrlinge vor, bei der sich 900 Stimmen für die Achtstundenschicht, 2944 für die Sechsstundenschicht erklärten. Infolgedessen soll jetzt wieder acht Stunden gearbeitet werden.

Essen, 7. Mai. Im Ruhrgebiet ist, nachdem der Streik erloschen ist, die Förderung und der Versand von Kohlen in den letzten Tagen auf ungefähr 200 000 Tonnen gestiegen. Die Betriebsbeiräte können nach der wochenlangen Unterbrechung erst allmählich wieder in den normalen Gang gebracht werden. Die Wagenstellung hat am 3. Mai 12 000 Wagen betragen, ungefähr die Hälfte der normalen Tagesleistung. Im Kanal liegen zur Zeit rund 800 Röhre mit 500 000 Tonnen Fassungsvormögen beschäftigungslos, da keine Kohlen vorhanden sind.

Kattowitz, 7. Mai. Auf der Heimgrube ist der Beamtenstreik beigelegt worden. Sämtliche Beamtenabteilungen sind zurückgezogen worden.

Paris, 7. Mai. Die Zahl der ausländischen Bank- und Borsenbeamten beträgt etwa 15 000. Jeder Bankbesitzer ruht. Die Banken lehnten die Vermittlung des Centralverbandes der Arbeiter ab.

Der Zustand der Bekleidungsarbeiter und der Bauangestellten greift auf andere Industrien über. Mehrere Schuhfabriken sind stillgelegt. Der Bauarbeiterverband unterhandelt mit den ausländischen Verbänden wegen eines Solidaritätsstreiks.

Paris, 7. Mai. Infolge der Vorgänge am 1. Mai hat die sozialdemokratische Partei beschlossen, die Beziehungen zu der Regierung Clemenceau abzubrechen.

Rio de Janeiro, 7. Mai. (Havas.) Die Dockarbeiter von Santos (Brasilien) sind in den Streik getreten. Die Hafenarbeiten sind völlig lahmgelegt.

Die Lage in München.

München, 7. Mai. Die Regierung Hoffmann ist nach den „M. N.“ entschlossen, alle gefunden Bestandteile des Rätegedankens dem Staats- und Wirtschaftsleben Bayerns nutzbar zu machen. In den letzten Tagen haben zwischen Bamberg und Berlin Verhandlungen in der Rätefrage stattgefunden. Ein Gesetz über Arbeiter- und Bauernräte in Bayern sei bereits in Ausarbeitung. Dieser Gesetzentwurf ist dazu bestimmt, die Interessen der arbeitenden Schichten zur Geltung zu bringen und jede Sicherheit auf gesetzlicher Grundlage zu geben.

Der Eisenbahnverkehr mit München wurde in beschränktem Maße wieder ausgenommen. Der Gesamtverkehr in München wird vorläufig auf 250 Millionen Mark geschätzt.

Nickisch ist in Augsburg, wo er sich versteckt hielt, verhaftet worden. Es wurde viel besessenes Material bei ihm vorgefunden. Nickisch, ein früherer Volkschullehrer, war ursprünglich Mehrheitssozialist, ging dann aber zu den Unabhängigen und den Kommunisten über. Er war Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte in München und wurde nach der Ermordung Eisners Kultusminister. Er ist 31 Jahre alt. Gestern soll in einem Keller in Schwabing der Aufseher Leuwine-Nissen verhaftet worden sein. Im Laufe des gestrigen Tages fanden mehrere Standkonzerte der hier weilenden Musikkorps statt.

München, 7. Mai. Das Geschäftsleben in München hat sich seit Dienstag morgen wieder in normalen Bahnen entwickelt. Der Straßenbahnverkehr ruht noch, der Postzustellungsdienst ist aber ausgenommen. — Der Münchener Stadtkommandant hat bis auf weiteres die Verhaftung und Verweigerung von kommunistischen, parteilichen und bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften, sowie von Ständblattchen verboten. Von dem „Revolutionstribunal“ sind einige Mitglieder verhaftet, darunter 2 Rechtsanwälte. Dem Vorsitzenden soll der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden. Die Kommunisten haben in München laut „Abendzeitung“ für über eine Million Mark falsche 20-Markscheine gedruckt und in Umlauf gebracht. Nach dem „Bay. Kurier“ wurden im Keller des Knittelpolytechniums, wo der Geiselmord erfolgte, ein Haß mit menschlichen Eingeweiden, ferner Finger und Schädelteile gefunden. Es wird vermutet, daß noch mehr Geiseln ermordet und die Leichenteile entweder verscharrt, oder in einen Bach geworfen wurden. — Der Magistrat beschloß, die Beerdigung der ermordeten Geiseln auf Kosten der Stadt vorzunehmen zu lassen.

Nürnberg, 7. Mai. Gegen den Hauptschriftleiter des demokratischen „Frank. Kuriers“, Wlf. Thomas, ist ein gerichtliches Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden wegen Artikel, in denen zur Verhütung des Eindringens der Rätewirtschaft und des Bolschewismus in Franken die Verfolgung Frankens von München gefordert wurde.

Schweinfurt, 7. Mai. Spartakisten griffen am 3. Mai das Bahnhofsgebäude an, das von Regierungstruppen besetzt war. Dabei wurde eine Frau getötet. 11 Personen wurden gefangen genommen. Die Menge forderte das Landgerichtsgefängnis zu stürmen, um die Verhafteten zu befreien, zerstreute sich aber, als diese freigegeben waren.

21 Personen erschossen.

München, 7. Mai. W.B. meldet: Die Erbitterung über den Geiselmord, sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten haben zu einem verabschiedungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand entgegen den bestehenden Anordnungen über das Versammlungsverbot, eine Versammlung von zirka 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streisposten aufgehoben, die Bewaffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Karolinenplatz geführt. In dieses drang gegen 9 Uhr abends eine Truppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der diese bayerischen Soldaten im Mauthen, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gang und liegt in der Hand der 2. Gardebivision. Die Generale Owen und Wohl bedauern auf das Lebhafteste diesen Ausbruch entseffelter Leidenschaft. Sie haben scharfen Befehl erlassen, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß so schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben, wie sie hier zu lösen sind, nur eine durch eiserne Disziplin gesteuerte und fest in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe erfüllen kann.

Österreichischer Staatenbund.

Wien, 7. Mai. Um staatlichen Sonderbestrebungen entgegen zu arbeiten, wird die Staatsregierung ein Nationalgesetz anarbeiten, welches nach Schweizer Muster jedem Lande die vollste Selbständigkeit gewähren soll.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 7. Mai. (Havas.) Der Oberste Wirtschaftsrat prüfte die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Abschlüßung Deutschlands für den Fall, daß sich die deutschen Delegierten weigern würden, den Vorarbeiten zu unterzeichnen. Es wurde beschlossen, zunächst folgende Erleichterungen eintreten zu lassen: Die schwarzen Listen werden, soweit sie nicht schon verhängen sind, aufgehoben. Die Neutralen sollen die Freiheit haben, Deutschland alle Kredite zu gewähren. Die deutschen Guthaben sollen zur Bezahlung der Einfuhr freigegeben werden. Der Ertrag der deutschen Einfuhr kann zur Bezahlung der deutschen Einfuhr Verwendung finden. Die Erlaubnis von Goldausfuhr zur Bezahlung kann erteilt werden. — Diese Beschlässe sollen den einschlägigen Finanzkommissionen zugestellt werden. Die Donauschiffahrt soll unter die Oberhoheit des Rats gestellt werden.

London, 7. Mai. „Westminster Gazette“ meldet aus Paris: Obwohl alle mit berechtigtem Zorn gegen Deutschland erfüllt sind, besteht hier doch eine kräftige Stimmung, die die einzige Hoffnung für die Zukunft der Welt in einem Frieden erblickt, der so ist, daß die gesunden Elemente in Deutschland ein Interesse an seiner Erhaltung haben. Die Bewegung zur Gunsten einer baldigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei in amtlichen Kreisen viel härter, als bisher bekannt wurde. Die Schwierigkeit sei hier, daß wir, selbst wenn der Friede unterzeichnet wird, in einem mehr oder weniger offenen Kriegszustand mit Deutschland bleiben, da der Völkerbund sich gegen Deutschland richtet.

Noch nicht genug.

Paris, 6. Mai. In der heutigen Geheimkonferenz der Friedenskonferenz erklärte Koch, daß die Frankreich gewährten Sicherheiten vom militärischen Standpunkt aus ungenügend seien. Nach seiner Überzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er bezeichnete die Bezeichnung der Brückenköpfe als Notwendigkeit.

Günstliche Gegenwehr in Kärnten.

Magenfurt 7. Mai. Der Kärntner Landesauschuss meldet die Einnahme von Bleiburg und Eisenkappel trotz der südslavischen Truppen 28 Geschütze und über 100 Maschinengewehre abgenommen wurden.

Der Außenhandel.

Amsterdam, 7. Mai. „Allgemein Handelsblad“ meldet, daß die Befreiung von Zirkulieren aus dem Ruhrgebiet nach Holland in bescheidenem Maße wieder aufgenommen worden sei. Die Bezahlung von 8000 T. Gefrierfleisch erfolgt in Gulden. Mit der Ausfuhr wird

dieser Tage begonnen. Auch die Ausfuhr von Nordseefischen nach den nichtbesetzten Teilen von Deutschland und Oesterreich ist gestattet.

Kopenhagen, 7. Mai. Die Entente hat bis auf weiteres die Einfuhr von Kohlen aus Deutschland verboten. Dadurch wird für die dänische Industrie eine äußerst schwierige Lage geschaffen. Dänemark führte in den letzten Monaten durchschnittlich gegen 4000 Tonnen monatlich ein. Die Entente wird auch die Einfuhr deutschen Eisens und fertiger Maschinen verbieten. Dagegen wurde die dänische Ausfuhr von Waren nach Polen und Deutsch-Oesterreich über Danzig freigegeben.

Amthliches.

**Oberamt Nagold.
Posten in Nagold.**

In der Oberamtsstadt ist bei Karl Kalmbach, Sohn des Glycerins Kalmbach in Nagold, in Arbeit bei Schreinermeister Wagner, hier ein Postenfall festgestellt worden.

Es werden, sobald genügend Lymphe aus München vorhanden ist, öffentliche Impfstermine unentgeltlich abgehalten werden.

Postal: Rathaus.

Dringend zu empfehlen ist die Impfung für diejenigen Personen, die in dem Wagner'schen Geschäft und in der Familie des Kalmbach verkehrt haben bzw. verkehren.

Weitere Bekanntmachung folgt.

Den 7. Mai 1919

Münz, A.B.

Landesnachrichten.

Altensteig, 8. Mai 1919

* Die Beschränkungen im Güterverkehr aufgehoben. Die Generaldirektion der Staatsbahnen teilt mit: Die Beschränkungen des Güter- und Güterzugverkehrs in Württemberg sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Versammlung. Gestern Abend sprach im aufbesetzten Gräbenbauhof auf Veranlassung des sozialdemokr. Vereins Redakteur K. Großhans, Mitglied des bad. Landtags (geborener Altensteiger). Der Redner behandelte in fließendem Vortrag den Zusammenbruch Deutschlands, die gegenwärtige Lage und wie es kommen wird und muß. Der Zusammenbruch Deutschlands könne nicht einzelnen Personen zugeschoben werden, sondern dies liege im ganzen System unserer früheren Machtpolitik, das den Tüchtigen nicht aufkommen ließ. Eine Hauptursache liege auch in der nationalen Erziehung unseres Bürgertums, statt in der internationalen Erziehung, was Deutschland andern Nationen nicht

näher brachte. Des weiteren habe unsere Diplomatie vollständig versagt. Diese habe sich in der Hauptsache aus geistig degenerierten Personen, Günstlingen des früheren deutschen Kaisers, zusammengesetzt. Seit dem Zeitpunkt, da Deutschland neben seiner Landmacht auch die Seeherrschaft anstrebte und das Schlagwort geprägt wurde „Unsere Zukunft liegt auf dem Meere“ trat die Spannung mit England ein, das zuvor ein gutes Verhältnis zu uns pflegte. Auch die Hervorhebung der „gelben Gefahr“ brachte uns keinen Gewinn. England dagegen verbandete sich mit Japan und zog durch diese Verbindung große Vorteile. Statt Versöhnung, wurde überall Gewaltpolitik getrieben. Auch die Kirchen aller Konfessionen haben große Fehler gemacht, denen aber ihre Stunde geschlagen habe. Der Redner streifte auch die Revolution, bei der das deutsche Bürgertum die traurigste Rolle gespielt habe. Wo waren da die Dichter und Denker und großen Männer, die den rückstrebenden Massen die Hand und einen Halt boten? Das bisher geführte Volk mußte sich selber führen. Eine wirtschaftliche Anlehnung an den Osten könne für Deutschland gutes verhießen, das reiche Rußland hat was die deutsche Industrie nötig brauche, dagegen sei eine geistige Anlehnung zu vermeiden. Um das Reich zu retten, müsse das Bürgertum mit den Arbeitern gehen. Wenige Worte wurden den bevorstehenden Gemeinderatswahlen gewidmet, auch hier gebe es kein auf die Seite drängen der Sozialdemokratie, da diese auch Kommunalpolitik treibe. Dem Redner wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Nachdem sich auf eine entsprechende Aufforderung hin niemand zum Wort meldete, schloß Graveur Koch, mit dem Dank an den Redner, die Versammlung.

Legte Nachrichten.

Amsterdam, 8. Mai. Wie das „Allgemein Handelsblad“ aus Paris meldet, hat dem „New York Amercan“ zufolge, die chinesische Delegation telegraphisch in Peking ihr Rücktrittsgebet eingereicht.

WB. Berlin, 8. Mai. Die in dem Ententeentwurf vorgesehene östliche Grenzlinie beläßt im allgemeinen die Kreise Schlochau, Deutsch-Krone, Zichenau, Schwierin, Meseritz bei Deutschland. Durchschnitten werden die Kreise Bomsch, Frankfurt, Gubrau und Mlisch. Die Kreise Großwartenberg und Namslau bleiben deutsch, dagegen würden die Kreise Kreuzburg, Oppeln, ein Teil des Kreises Neustadt und der ganz östlich und südöstlich davon gelegene Teil Ober-Schlesiens polnisch.

Druck und Verlag der B. Meier'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Ba u l.

Fahrnis-Versteigerung.

Im Auftrag der Landesverwertungsstelle für Heeresgut werden am: **Samstag, den 10. Mai auf dem Brühl in Calw nachm. 1 Uhr** öffentlich gegen Barzahlung versteigert:

- 6 Feldküchen, 7 Feldwagen, 38 Pferdegeschirre,
- 2 Bauernkumte, 3 Unterkumte, 4 Offizierssättel,
- 2 Armeesättel, 1 Bocksaattel, 1 Kammskissen, 3
- Offiziersvorderzeuge, 1 Kreuzleine, Halfter, Trensen,
- Lederstränge und andere Geschirr- und Stallfachen.

Calw, den 5. Mai 1919

Oberamtspflege: Fechter.

Stangen-Verkauf.

Am Montag, 12. d. M., vorm. 11 Uhr verkaufe ich bei H. B. Koch hier

- 126 Stück Baustangen Ia
- 114 " " Ib
- 87 " " II. Klasse
- 16 " Hagstangen I. "
- 56 " " II. "
- 6 " " III. "
- 103 " Hopfenstg. I. "
- 100 " " II. "
- 56 " " III. "
- 236 " " V. "
- 581 " Reisstangen I. "
- 327 " " II. "
- 162 " Bohnenstecken.

Hugo Böcking, Schernbach.

Eine Anzahl tüchtige

Schuhmacher

bei guter Bezahlung gesucht.

Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Reines

Glycerin

zur Körperpflege, sowie sämtliche **Toiletten-Artikel**

empfehlen

Schwarzwald-Drogerie
Altensteig.

Bergebung von Bauarbeiten.

Die Gemeinde Altensteig-Dorf hat die Ausführung einer **Dolenanlage**

zu vergeben. Baukosten etwa 1500 M. Plan und Voranschlag können beim Unterzeichneten eingesehen werden, wo auch Angebote bis

Dienstag, 13. Mai 1919

einzureichen sind.

Altensteig, 7. Mai 1919.

Röbele, D.-A.-Baumeister.

Statt besonderer Anzeige.



Heidenheim, den 7. Mai 1919.

Allen die uns nahestehen die schmerzliche Nachricht, dass mein lieber Mann

Friedrich Wucherer

Oberamtmann

heute von seinen Leiden durch einen sanften Tod erlöst worden ist.

Die Einäscherung findet in aller Stille am Samstag, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr in Ulm statt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

in tiefer Trauer:

die Gattin:

Anna geb. Killgus

mit den Kindern Else u. Gerhard.



Vergabung von Bauarbeiten.

Die bei Erstellung eines Nebengebäudes anfallenden Bauarbeiten (Spiserarbeit ausgenommen) vergabe ich am

Samstag, den 10. Mai ds. Js.

und wollen Offerte bis **mittags 12 Uhr** bei mir eingereicht werden. Bauplan, Voranschlag und Bedingungen liegen bei mir zur Einsicht auf.

Mathäus Bauer.

Altensteig.

Wegen Todesfall bleibt mein Geschäft am **Samstag, den 10. Mai**

geschlossen.

Gustav Bucherer.

Altensteig.

Dr. med. Hans Vogel

übt ab 7. Mai seine Praxis im elterlichen Anwesen selbständig aus. Seitheriger
Telephon-Anschluß Nr. 8.

Stadtwundarzt Vogel

wohnt ab 7. Mai im Glaser Rasp'schen Anwesen, Altensteig-Dorferstraße, und wird in den nächsten Tagen unter Nr. 86 ans
Telephon angeschlossen.

Der Sonntagsdienst wird künftig so geregelt, daß Dr. Hans Vogel und Dr. Richard Vogel abwechselnd je einen Sonntag für Notfälle Dienstbereitschaft übernehmen; außerdem wird Sonntags der jeweils diensthabende Arzt während der Telephon-Dienststunde, z. Zt. also von 11-12^{1/2} Uhr, für dringende Fälle Sprechstunde abhalten.

Vengenloch.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin

Maria Theurer

gestern Mittag ^{1/2} 12 Uhr unerwartet rasch im Alter von 23^{1/2} Jahren in die Ewigkeit abgerufen wurde.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Vater:

Joh. Georg Theurer.

Beerdigung am Freitag nachmittag 2 Uhr.

Altensteig.

Stück 40 Rmtr. aufgespaltenes

Stockholz

steht dem Verkauf aus

Gottfried Koh, Küfer
bei der Turnhalle.

Ein Transport große und kleinere prima schöne



Läufer-schweine

hat zu verkaufen

A. Merkle z. Burg
Nagold.

Tüchtiges, in Küche und Haushalt erfahrenes

Mädchen

sucht bis 1. Juni

Frau Finanzrat Voelter
Hirsau b. Calw.

Suche auf sofort oder auf 1. Juni ein

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, welches möglichst schon gedient hat.

Keger z. Adler
Neuweiler.

Altensteig-Stadt.

Die Butterabgabe

findet in Zukunft jeden **Freitag, nachmittag von 3-6 Uhr** statt.

Den 7. Mai 1919.

Ortsammmeister.

Edhausen.

Wegen Vereinigung beider Gesangsvereine kommt am **Samstag, den 10. ds. Ms., mittags 2 Uhr** im Schullokal ein schönes, sehr gutes

Bianino

zum Verkauf. Liebhaber sind eingeladen.

J. A. J. Beutler.

2 ord. ff.

Mädchen

Alter 16-20 Jahre, f. Küchenarbeiten sof. od. 1. Juni gesucht.

Vereins-Kaffeehaus

Hirtenstraße 4 Stuttgart.
Verablg. und Behandlg. gut.

Altensteig.



Kreissägen

von 20-40 cm.

Durchmesser

Extra Qualität

hält am Lager

Karl Henssler sen.
Eisenwarenhandlung.

Briefordner

und

Schnellhefter

in Post- u. Kanzleiformat sind wieder eingetroffen u. empfiehlt die

W. Nieker s. Buchhdlg.
Altensteig.

Rösle Hornberger
Johannes Pfeifle

Verlobte

Schönegründ

Göttelfingen

Mai 1919

Die Sparkasse Altensteig

G. m. b. H.

gegründet im Dezember 1836

Telefon Nr. 58

Postsparkonto Stuttgart Nr. 3695

— Rassenlotto im Rathaus —

nimmt entgegen: Geldbeträge von 1 Mt. bis 20 000 Mt. von **Federmann**, verzinst dieselben sofort mit 4% und verzichtet bei Rückzahlungen in der Regel auf Einhaltung einer Räumigungsfrist; **leiht aus:** jede gewünschte Summe gegen doppelte Hypothekensicherheit auf Gebäude und Güter bei mäßigem Zinssatz und beliebiger Heimzahlungsweise.

Die Rassenverwaltung.

Statt Rarten.

Simmersfeld-Oberweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 10. Mai 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in unser Gasthaus z. Hirsch in Oberweiler freundlichst einzuladen.

Martin Waidelich

Sohn des
Friedrich Waidelich
Gutsbesitzer in Simmersfeld.

Elisabeth Wurster

Tochter des
† Hirschwirts Wurster
in Oberweiler.

Kirchgang um 11 Uhr in Nischthalben.

Hornberg-Simmersfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 13. Mai 1919

im Gasthaus zum Anker in Simmersfeld stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Jakob Seeger

Sohn des Joh. Jakob Seeger
in Hornberg.

Katharine Schwab

Tochter des Friedrich Schwab
in Simmersfeld.

Kirchgang um 11 Uhr in Simmersfeld.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

